

*Minutenkonferenz*

Konsumbedürfnisse bereits bestimmten Verkaufsstellen zugewiesen, also schon rationiert.

Gem.-Rat Steiner führt aus, daß er mit Rücksicht darauf, daß in der letzten Zeit gegen die Gemeindeverwaltung und den Bürgermeister in der Mehl- und Approvisionierungsfrage heftige Angriffe gerichtet worden seien, vor zirka 8 Tagen nach Prag und Budapest gereist sei, um die Approvisionierungsverhältnisse dieser beiden Städte kennen zu lernen, und er könne konstatieren, daß die Verhältnisse in Wien weit besser seien wie in Budapest und Prag. In Budapest sei der Brot- und Semmelverkauf frei. Jeder Familie werden überdies per Kopf und Woche 25 dkg Weizen-Müller-Mehl und 1 kg Roggenmehl zugewiesen. Die ungarische Regierung habe die Städte aufmerksam gemacht, sich zu versorgen. Die ungarischen Städte seien daher alle reichlich versorgt und zur Abgabe an Österreich bleibe nicht viel übrig. In Prag werde in einem Hotel ersten Ranges Brot serviert, wie es in Wien überhaupt nicht vorkommt.

Bezüglich der Milch herrsche in Budapest und Prag dieselbe Kalamität wie in Wien. Vor den Augen der Behörde werden in Budapest die Kartoffel um 20 h per Kilogramm verkauft. In Prag habe er auf dem Markte höchstens 300 kg Erdäpfel gesehen, die zum Preise von 32 h verkauft wurden. Die Gemeinde Budapest habe im Vorjahre große Quantitäten Speck bezogen, habe nun 28 Verkaufsstellen errichtet und diese werden von den breiten Massen der Bevölkerung förmlich belagert. Besser gekleidete Menschen können bei diesen Stellen unmöglich einkaufen, da sie den ärgsten Insulten ausgesetzt sind. Darüber herrsche eine große Erbitterung des Mittelstandes gegen den Bürgermeister. Weder in Prag noch in Budapest seien Hülsenfrüchte zu erhalten. Der Reis koste 2 K, bessere Qualitäten über 2 K. Er habe dies alles angeführt, um abermals an die Versammlung den Appell zu richten, in dieser schweren großen Zeit einmütig zusammen zu wirken.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt mit, daß die Regierungen von Deutschland und Österreich-Ungarn der rumänischen Regierung Konzessionen haben, daß zuerst Bulgarien mit Getreide versorgt werde. In zweiter Linie komme Deutschland und Österreich-Ungarn in Betracht, und zwar zu einem Drittel Deutschland, zu einem Drittel Österreich und zu einem Drittel Ungarn. Es bestehe jedoch die Gefahr, daß die von der Gemeinde in Rumänien geschlossenen Vorräte von der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt beschlagnahmt werden. Die Gemeinde Wien, die bei den Käufen in Rumänien Opfer gebracht habe, müsse nun einen Kampf führen, um diese bereits bezahlten Lebensmittel zu erhalten. Von einer Erleichterung durch den rumänischen Import sei nicht viel zu erhoffen, da in Österreich große Transportschwierigkeiten bestehen, die in Ungarn nicht vorhanden sind.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller erklärt, daß man bei den geschilderten Zuständen nicht vom Standpunkte des Geschäftsmannes allein sprechen dürfe. Es sei nicht seine Absicht, Geschäftsleute zu schädigen, doch könne eben bei dem Umstande, daß zu wenig Mehl vorhanden sei, das Interesse des Individuums bei der Mehlfrage nicht in Betracht kommen. Er lege das Hauptgewicht der Reform auf die Rationierung, denn nur durch sie werde dem Hamstern energisch gesteuert. Mehr noch als der Arbeiter leide der Fixangestellte unter der Teuerung.

Gem.-Rat Dr. Hein spricht sich ebenfalls für die Rationierung aus. Es werde ja auch bei anderen Artikeln die Situation immer

schlechter werden. Die Gemeinde befinde sich in einer Notlage, das rein geschäftliche Moment werde immer berücksichtigt werden, aber es könne nicht maßgebend sein. Weiters spricht er sich für die Trennung der Brot- und Mehlsorte unter Erhöhung des Mehlquantums und für die Einführung einer einheitlichen Mehlsorte aus. Prinzipiell stehe er auf dem Standpunkte, daß eine Rationierung unter tunlichster Berücksichtigung der bestehenden Geschäftsleute stattfinden solle.

Gem.-Rat Leitner erklärt, daß durch die Rationierung die bestehenden Übelstände nicht aus der Welt geschafft werden könnten. Eine Hauptbedingung sei die Regelung der Brotsorte. Der für die Rationierung notwendige Apparat würde ungeheuer viel Geld kosten und nicht zum Ziele führen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwähnt, daß in der Debatte eine wichtige Frage, die Kompetenzfrage, nicht erörtert worden sei. Die Regelung der besprochenen Angelegenheit sei Sache einer kaiserlichen Verordnung.

Gem.-Rat Neumann bezeichnet die Einführung eines Gleichmehles als den wichtigsten Punkt. Auch die Trennung zwischen der Brot- und Mehlsorte solle durchgeführt werden. Die vom Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller angeregte Rationierung stoße auf große Schwierigkeiten; es entstehe die Frage, ob die Rationierung nur für Wien allein oder für das ganze Reich stattfinden solle. Für die Gemeinde sei es sehr wichtig, was das ganze Reich konsumiere, denn darnach richte sich die Zuweisung an die Gemeinde Wien. Er sei dafür, daß die Vorschläge einer genauen Prüfung durch das Marktamt unterzogen werden sollen. Er ersuche auch, nicht zu glauben, daß es eine überwiegende Anzahl von Arbeitern gäbe, die 100 bis 120 K wöchentlich verdienen, das seien bloß Ausnahmen, doch räume er es gerne ein, daß von der Teuerung am schwersten die Fixangestellten getroffen werden. Er spreche sich für die Einführung einer einheitlichen Mehlsorte und für die Trennung der Mehl- von der Brotsorte aus und beantrage, die Vorschläge des Gem.-Rates Dr. Schwarz-Hiller dem Magistrate zur Berichterstattung zuzuweisen.

Gem.-Rat Dr. v. Dorn führt aus, daß nach dem Vorbilde einer belagerten Stadt vor allem zu verhindern sei, daß einzelne Leute mehr bekommen, als ihnen zukomme. Jeder solle eine fixe Ration zugewiesen erhalten. Das könne nur in Form einer strengen Organisation des Verkaufes erfolgen, und das sei nur durch die Rationierung möglich. Für die 400.000 Haushaltungen Wiens würden zirka 2000 Verkaufsstellen erforderlich sein. Da die Geschäftsleute aus dem Mehlverkauf keinen Gewinn erzielen, so schlage er vor, es solle einfach die Gemeinde Verkaufsstellen errichten. Im übrigen sei er für die Einführung eines Gleichmehles und die Trennung der Mehl- von der Brotsorte. Auch er wünsche die Vorlage eines eingehenden Referates über die Anträge des Gem.-Rates Dr. Schwarz-Hiller.

Vize-Bürgermeister Rain erklärt die Errichtung von Verkaufsstellen durch die Gemeinde schon mit Rücksicht auf die enormen Kosten für undurchführbar, auch werde dadurch der berufliche Handel vollständig ausgeschaltet. Es sei Aufgabe der Gemeinde, den Gewerbestand zu erhalten. Eine andere Frage sei, wie sich Ungarn zur Herstellung eines Gleichmehles verhalten würde. Ungarn habe großes Interesse an der Herstellung des